

Gleichberechtigung auf der Straße

ADFC und BUND fordern eine zukunftsfähige und klimafreundliche Bremer Verkehrspolitik

Von Steffi Urban

BREMEN. Es ist ein nicht enden wollendes Streitthema: Verbände wie die Handelskammer werden nicht müde zu betonen, dass die hiesige Verkehrspolitik wirtschaftsfeindlich ist, Autofahrer wie Logistiker und Händler benachteilige. Der Bremer Bund für Umweltschutz und Natur (BUND) und der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) wollen dagegen die Förderung des Radverkehrs ganz oben auf der Prioritätenliste der Verkehrspolitik sehen. Dies haben beide Verbände jetzt in einer gemeinsamen Erklärung gefordert.

Bevor allerdings gefordert wurde, beschwichtigte Martin Rode vom BUND: „Wir wollen das Auto nicht verteufeln und keine Stadt ganz ohne Autos.“ Zudem wolle man sich auch nicht beklagen, denn Bremen sei als umwelt- und fahrradfreundliche Stadt durchaus schon jetzt gut aufgestellt. „Aber eben aus unserer Sicht noch nicht gut genug“, ergänzt Georg Wiet-schorke vom BUND. So werde zwar der gut ausgebaute öffentliche Nahverkehr und ein Car-Sharing-System, das schon jetzt 1000 Autos in der Stadt ersetzt, positiv verbucht. Lobenswert sei auch, dass laut Statistik Bremer täglich 450 000 Mal auf das Rad steigen.

Dem stünden aber 1,1 Millionen Pkw-Fahrten mit einer Gesamtstrecke von sieben Millionen Kilometern gegenüber. Das mache 23 Prozent der Bremer CO₂-Emissionen aus. Um diese zu senken, aber auch um Lärm zu reduzieren und die Stadt für junge Familien attraktiver zu machen, dürfe man nicht allein



Für Radfahrer wird es oft eng in der Stadt: Geht es nach dem Willen von BUND und ADFC, muss sich das in Zukunft ändern, um die Stadt attraktiver sowie umwelt- und familienfreundlicher zu gestalten.

Foto: STUR

auf das Auto als Verkehrsmittel setzen. Schon gar nicht angesichts schwindender Erdölreserven.

Vor diesem Hintergrund betont Klaus-Peter Land vom ADFC, dass das Umsteigen auf Fahrrad, Bus und Bahn nicht überall leicht gemacht werde. So würden etwa Fahrradwege verrotten, beidseitig an Straßen parkende Autos Pedalisten wie Fußgänger behindern und nicht genügend Abstellmöglichkeiten für Räder vorhanden sein.

Daher wünschten sich die BUND- und ADFC-Verantwortlichen von den Politik-Protagonisten, sich etwa ein Beispiel an der dänischen Hauptstadt Kopenhagen zu nehmen: „Dort wurden beispielsweise mehrspurige Straßen für Autos zurückgebaut und dafür breite Fahrradwege sowie Busspuren eingezogen“, erläutert Wiet-schorke. Die Wirtschaftskraft

konnte parallel gesteigert werden, obwohl der Autoverkehr beschnitten wurde und der Radverkehr inzwischen 40 Prozent ausmache.

Für Bremen werde nun konkret gefordert, mehr in das Radwege-Netz zu investieren und die Fahrradrouten mit im Blick zu haben, wenn etwa die Straße für Gleisarbeiten wie jetzt am Dobben aufgerissen wird. „Die Chance sollte genutzt werden, gleich diese Bereiche mit zu modernisieren“, so der BUND-

Experte. Breitere Radwege werden zudem auf den Hauptachsen der Stadt wie der Bürgermeister-Smidt-Straße und der Bismarckallee gefordert.

Potenzial werde auch noch beim Ausbau des Car-Sharings gesehen: Vor allem die Außenbezirke hätten noch keine Stationen. Hinter den Forderungen steht derweil der Grundgedanke, den Stadtraum neu aufzuteilen – und zwar gleichberechtigt für Auto- und Radfahrer sowie Fußgänger, sagt Martin Rode.

„Die Auto-Lobby darf nicht immer wieder neue Planungen runterknüppeln und dabei wirtschaftliche Interessen anführen“, ergänzt die BUND-Verkehrsexpertin Beatrix Wuppermann. So reisten etwa nur zehn Prozent der Kunden mit dem Auto zum Shoppen in die Innenstadt, 60 Prozent dagegen kämen mit dem Fahrrad oder per öffentlichem Nahverkehr.

Gebäck, Schokolade
und Knabberereien auch
in Sondergrößen.

Kommen Sie vorbei!

 **KEKS & CO.**

Kattenfurter Heerstr. 7, 28277 Bremen